

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M.,
jährlich 10.00 M. ...

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
beträgt für die teilschreibende Korrespondenz
über einen Monat 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Korrespondenz
und Berichterstattung 80 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 26. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

439 500 feindliche Raummtonnen im Januar zerstört.
Seit Kriegsbeginn 4 357 500 Tonnen.

Die Schiffsverluste im Januar.

Berlin, den 26. Februar. Amtlich. Im Monat
Januar sind 170 feindliche Handelsfahrzeuge
von insgesamt 336 000 Brutto-Registertonnen
durch kriegerische Maßnahmen der
Mittelmächte verloren gegangen, davon sind 91 Fahrzeuge
mit 245 500 Brutto-Registertonnen englisch.

Außerdem sind 58 neutrale Handelsfahrzeuge mit
103 500 Brutto-Registertonnen wegen Beförderung
von Baumware nach Feinde verstaft worden.
Der Monatsverlust beträgt also insgesamt

228 Fahrzeuge mit 439 500 B. R. T.

Seit Kriegsbeginn sind somit 4 357 500
Brutto-Registertonnen feindlichen Handels-
schiffsraums verloren gegangen, davon sind 3 314 500
Brutto-Registertonnen englisch.

Ferner sind von den Seestreitkräften der Mittel-
mächte 439 neutrale Schiffe mit 641 000 Brutto-Registertonnen
wegen Baumwarebeförderung versenkt oder
als Preisen benutzt worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englische Vorstöße südlich Ozean und an
der Arrasfront — Lebhafter Geschützkampf
bei Sailly — Französisches Luftschiff ab-
geschossen — Russenangriff am Tatarenpaß

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Februar
1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Ozean, sowie zwischen Armentières und Arras
wurden mehrere, teilweise nach starkem Feuer einsetzende Vor-
stöße der Engländer abgewiesen.

Entwässerungstrübe führten unsere Stoßtruppen westlich
von Mévius bis tief in die feindliche Stellung, in der Gefangene
genommen und Zerstörungen vorgenommen wurden.

Im Somme-Gebiet war zeitweilig der Geschützkampf leb-
haft, vornehmlich zwischen Sailly und Souchevillers.

Westlich von St. Mihiel blieb eine französische Unter-
nehmung erfolglos, eine eigene, im mehr der Wesel zu ge-
hörigen Waldgebiet, brachte 12 Gefangene ein.

Bei Luffe am Westhang der Vogesen hielten unsere Sturm-
truppen 30 Mann aus der französischen Stellung.

In der Nacht vom 23. zum 24. 2. ist ein französisches Luft-
schiff durch Abwehrfeuer im Walde östlich von Courcelles
brennend zum Absturz gebracht worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalsoberst Erzherzog Josef D.
Am Tatarenpaß im Nordteil der Waldkarpaten schlug
ein russischer Angriff fehl.

Bei der

Stoßgruppe des Generalfeldmarschalls
von Rodenzen.

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage bei geringer Parteilichkeit unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 25. Februar, abends. Amtlich.
Keine wesentlichen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 25. Februar. Amtlich wird verlautbart.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Kardeschlich des Tataren-Passes griff der Feind
noch siebenstündiger Artillerievorbereitung an. Er drang vor-
übergehend in unsere Gräben ein, wurde aber im Gegenangriff
völlig zurückgeworfen. Spät nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Südtiroler Front ist die Artillerietätigkeit nun-
mehr bei guter Sicht wieder alltäglich recht lebhaft. Im Öst-
lichen hatte sich vorgestern im Abschnitt von Bertoldo ein be-
sonders heftiger Geschütz- und Minenkampf entwickelt, der auch
nachts fortbauerte und morgens zu höchster Kraft anwuchs. Unter
dem Schutz eines starken Sperrneues griffen sodann einige
italienische Kompagnien unsere Stellungen an. Dem Feind ge-
lang es, in die vorderste Linie einzudringen; Abteilungen des be-
mächtigten I. I. Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 2 warfen
ihn jedoch vollständig heraus, fügten ihm schwere Verluste zu und
verfolgten ihn bis in seine Sappen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Feyer, Feldmarschalleutnant.

Umsturz
eines Umsturzverdächtigen.

Von großen Dingen, die sich am gestrigen Sonntag in
den geheimnisvollen Räumen des Hotel Adlon abgespielt
haben sollen, ist die Welt vorzeitig durch den Stuttgarter
„Beobachter“ benachrichtigt worden. Eine Versammlung war
angekündigt, die vormittags 10 1/2 Uhr beginnen und bis in
den Abend togen sollte. Tagesordnung (man hole ein Glas
Wasser und setze sich): „Der Wechsel im Reichs-
kanzleramt.“ Einberufer: die Herren Emil Kirckhoff,
Admiral v. Anort und Graf Poensbroeck. Angekündigte
Teilnehmer: Reichstagsabgeordneter Graf Westarp und andere
Honoratioren.

Ob die Versammlung nun wirklich getagt hat oder nicht,
wissen wir nicht. Die „B. Z.“ meldet, sie hätte richtig statt-
gefunden, 30-40 Herren hätten an ihr teilgenommen, dar-
unter Abg. Fuhrmann und Prof. Dietrich Schäfer. Ebenso
ungewiß ist ob der „Wechsel im Reichskanzleramt“ wirklich
beschlossen wurde. Da man den Verlauf des Gastmahls nicht
kennt, ist man darauf angewiesen, aus dem Speisestoffel —
wir meinen natürlich den politischen — keine Schlüsse zu
ziehen. Und er ist interessant genug.

In der Einladung wird es, laut „Beobachter“, als Zweck
der Veranstaltung bezeichnet, „eine große Bewegung einzulei-
ten“, Versammlungen in allen großen Städten abzuhalten,
Zeitungen zu gewinnen und Geldmittel zu beschaffen. Dies alles soll dem höheren Zweck dienen,
der als „Wechsel im Reichskanzleramt“ bezeichnet wird.

Zu der ausführlichen schriftlichen Begründung, die der
Einladung beigegeben ist, wird es als ein hervorragendes
brauchbares Mittel zu jenem Zweck bezeichnet, Differen-
zen zwischen zivilen und militärischen Be-
hörden herbeizuführen. Wir bitten um etwas Aufmerk-
samkeit. Während das Reich in die letzte Phase eines Kampfes
auf Leben und Tod eintritt, und uns allerorten Einigkeit
und Burgfrieden gepredigt wird, wird in Berlin eine patrio-
tische Vereinigung gegründet, deren Statut folgendermaßen in § 1
die Herbeiführung von Differenzen zwischen zivilen
und militärischen Behörden vorsieht. Das ist das berühmte
Schwert, das dem Tintendekel zuschlägt. (Wildgrube im
Bund der Landwirte.) Merkt man, wer das Schwert ist, und
wer der Tintendekel?

Aber wir bitten um noch etwas mehr Aufmerksamkeit!
Am 23. Februar gab es Sturm im Reichstag, weil bekannt
wurde, daß das von Reichstag und Bundesrat beschlossene
Schutzhaftgesetz in Elsaß-Lothringen nicht
ausgeführt wird. Von verschiedenen Seiten äußerte sich Ken-
nigerde, was wohl mit den militärischen Behörden, die rechts-
kräftige Befehle nicht ausführen, geschehen werde. Der zivile
Behörde, vertreten durch den Vizkanzler Dr. Helfferich, mußte
dabei nichts zu sagen. Da erob sich auf der äußersten
Rechten ein Herr in Uniform und erklärte, den Reichstag gebe
das nichts an, was mit jenen militärischen Behörden geschehe,
denn das sei eine Sache der Obersten Kommandogewalt. Wer
dieser Herr war? Nun, kein anderer als eben Graf
Westarp, der zu jener Adlon-Versammlung sein Erscheinen
angekündigt hatte. „Nu wird's Lach!“ sagt man in Berlin.

Es ist wahrlich weit gekommen! Die Regierung verfolgt
im Schutze kaiserlicher Rechte gegenüber einem herrschaftli-
chen Parlament. Nur bei den Konservativen, den treuen,
bewährten Stützen des Thrones“ findet dieses Recht noch seinen
Schutz.“ So hätte man es morgen vielleicht schon in einer
jener Zeitungen gelesen, für die im Hotel Adlon Geld
gesammelt wird, nämlich es heute nicht schon im „Vorwärts“.
Hat man's nicht schon gelesen?

... Und nicht besser ist es im Innern. Von jeher in
den letzten Jahrzehnten galten die goldene und die rote
Internationale als die größte Gefahr für die Zukunft
Deutschlands. Beiden hat der Reichskanzler zur Nacht ge-
holfen und steht Arm in Arm mit ihnen. Der Jude und der
Sozialdemokrat regiert heute in Deutschland! ... Die land-
sässigen Geschlechter, die alten Offizier- und Beamten-
familien, alles, was in Stadt und Land nationalen Sinn in
preußischer Weise hat, alle diese Familien, deren Vorfahren
durch Jahrhunderte hindurch die Schlachten der Adlige von
Preußen geschlagen haben, sind beiseite geschoben und an die
Wand gedrückt. Mit verbittertem Horn und geballter Faust
stehen sie machtlos da, weil ein sie hindert, dem volkreber-
denden Kanzler an die Kehle zu springen. Und dies
eine ist die alte Royalität, über die sie nicht wozukommen,

Wilson's umfassende Vollmachten.

Frankfurt a. M., 25. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“
meldet aus New York vom 24. Februar: Die Republik-
aner im Senat beschließen, Wilson keine umfassenden
Vollmachten zu bewilligen. Sie verlangen vielmehr,
daß er den Kongreß befrage, bevor er ernste
Schritte tue.

London, 24. Februar. „Morning Post“ meldet aus
Washington, daß das republikanische Mitglied des Kongresses
Bennett in einer im Repräsentantenhaus gehaltenen Rede
entschieden davon abriet, daß Amerika sich
der Entente anschließe. Es würde dadurch tatsäch-
lich auf alle aus dem Kriege hervorgegangenen Forderungen
seiner Bürger gegenüber England, Frankreich
und Rußland, die in die Millionen gingen, verzich-
ten. Bennett sagte, England habe die Rechte Amerikas zur
See ebenfalls auf flagrant Weise verletzt. Amerika dürfe
keine Hilfe von den Alliierten annehmen und ihnen gegenüber
keine Pflichten übernehmen. Amerika sei groß genug, um für
sich selbst zu sorgen.

Die Meinungen sind aber vermutlich auch unter den Re-
publikanern geteilt. Nach einer Reutermeldung aus
Washington wurde im Senat eine republikanische Resolution
eingebracht, die dem Präsidenten Kriegsvollmachten erteilen
will. Reuter meldet:

Washington, 24. Februar. Der Senat hat einstimmig
eine vom Republikaner Fall eingebrachte Tagesordnung an
die Kommission für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.

Durch diese Tagesordnung wird der Präsident ermächtigt, die
Streitkräfte der Vereinigten Staaten zum Schutz von Han-
delsgütern und Leben der Bürger der Vereinigten Staaten
zu verwenden. Der Senat wird über die Tagesordnung am
Wittwoch abstimmen.

Ein französisches Lenkluftschiff abgeschossen.

Berlin, 25. Februar. (Amtlich.) In der Nacht vom
23. zum 24. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein
französisches Lenkluftschiff in Brand geschossen. Es stürzte
in Flammen geküßt bei Woelferdingen westlich
Saargemünd zur Erde nieder. Beim Aufschlagen
auf den Erdboden explodierte die mitgeführte Ab-
werxmunition. Die gesamte vierzehn Mann be-
tragende Besatzung ist tot. Die im übrigen gut er-
haltenen Ueberreste des Schiffes lassen die Konstruktions-
einzelheiten gut erkennen.

Der Schützengraben als Streikstrafe.

Haag, 25. Februar. („Stuttg. Zig.“) Die „Times“ mel-
det aus Petersburg: Die Unruhen unter den Arbei-
tern in Rußland haben bis jetzt noch keine besorgnis-
erregende Form angenommen. Die Bewegung hat der Puni-
tionsproduktion nicht mehr geschadet als in anderen Ländern.
Die Streikbewegung ist durch die Unterdrückungsmethoden,
die vor allem darin bestanden, die Streikenden in großen
Wäffen in die Feuerlinie an die Front zu stellen, eingedämmt
worden. Wie die russischen Blätter aber melden, haben diese
Unterdrückungsmethoden recht schädliche Wirkungen gezeitigt.



Die alte Loyalität, selbst in diesem Schädling doch immer noch den Minister ihres Königs zu sehen. Darüber kann Land und Volk verloren gehen.

„Aber alles in der Welt hat ein Ende, so auch die äußerste Geduld. Ehe das deutsche Volk zugrunde geht, muß und soll es durch die deutschen Lande tönen: „Fort mit diesem Kanzler!“

Aus diesem anonymen Flugblatt, das wir vor einigen Wochen niedriger hängten, klingen merkwürdig verwandte Töne hinüber in die Einladung zum Hotel Adlon. Wird in dieser Einladung doch auch dem armen Herrn v. Bethmann sein angeblühendes Paktieren mit dem „Umstürzler Schmidtemann“ besonders groß angekreidet. Ja, Herr v. Bethmann ist verdächtig, den Umsturz begünstigt zu haben, und darum wird ihm im Hotel Adlon der Umsturzprozess gemacht.

Eine Tafelgesellschaft, zu der der Führer der konservativen Reichstagsfraktion sein Erscheinen zugesagt hat, verweigert sich, etwas zu tun, was der Reichstag zu verurteilen nicht wagen dürfte, ohne daß sich gerade von jener Seite ein wahres Peter- und Paulsgeheiß erheben würde. Der Reichstag darf den Kanzler nicht stürzen. Kirdorf, Knorr und Cie. dürfen es. Denn sie stürzen ihn ja nicht von links, sondern von rechts. Würde ihn der Reichstag stürzen, dann könnte an seine Stelle ein Mann kommen, der — ganz anders als der lammfromme Bethmann — den Adlonitern die Zähne zeigte. Stürzen sie ihn selbst, dann können sie dessen gewiß sein, daß sein gewarnter Nachfolger nicht mit „Umstürzern“ paktieren wird. Darum soll an dem pp. Bethmann ein Exempel statuiert werden.

Der Fall ist lehrreich. Herr v. Bethmann ist jetzt der Kanzler, der den unbeschränkten U-Boot-Krieg macht. Das glühende Sehnen der Herren ist also durch ihn erfüllt. Aber weit davon entfernt, dem reuigen Kinder Gordon zu gewähren, sehen sie in seiner Wendung nur eine Gelegenheit, ihm noch näher an den Leib zu rücken. Was wollen sie denn eigentlich noch?

Nichts einfacher als dies. Sie wollen die Macht, die ganze ungeheilte Wunde. Es genügt ihnen nicht, daß man ihnen nachgibt, sie verlangen, daß man ihnen gehorcht. Sie wollen keinen Reichskanzler auf seinem Platz lassen, der mit Verhören von „Neuroorientierung“ und Wahlreform hypothetisch befaßt ist. Sie wollen kein „Paktieren mit Umstürzern“. Sondern sie wollen ihre Reichspolizei und die Reichspolizei der hinter ihnen stehenden Kreise festigen, ehe es zu spät ist. Uebergangswirtschaft zur Friedenspolitik, nichts weiter!

Ist der Krieg erst zu Ende, dann werden die mit Mühe zurückgedämmten demokratischen und sozialen Strömungen mit Alldemokratie herbrochen. Und dann darf kein bedenken-trägerischer Labierer, kein Kompromißmensch Kanzler des Deutschen Reiches sein. Sondern er muß ein Kerl mit Rhinoceroshaut sein und mit Kerben von Eisen. Der soll dann Reichspolitik nach innen treiben und für die Interessen der Interessenten um Kopf und Kragen spielen.

Nicht zum erstenmal haben die verschwiegene Räume eines Berliner Hotels eine so erlauchte Gesellschaft beisammen gesehen. Die Geschichte dieser kommerziellen Verschwörungen reicht bis in die graue Friedenszeit hinein. Aus ihnen ist das Wort von der „weißen Salbe“ ausgeklüffelt und der gegen eine große bürgerliche Partei gerichtete Ausspruch: „Wir bezahlen sie ja!“ Aber Bedenken haben die Herren! Wo immer sie sich im Dunkel zusammenfinden, kommt eine Laterne, die in ihr Treiben hineinleuchtet. Diesmal ward sie sogar schon angezündet, noch ehe die erste Sitzung begann. Dieses regelmäßige Bedenken umgibt die Herrschaften mit einem verschönernden Schein von Romik.

Zu unrecht! Denn eigentlich kann man sie nicht ernst genug nehmen. Und man kann die Tatsache nicht ernst genug nehmen, daß sich in dieser Zeit einflußreiche Männer, Patrioten, zu dem Zweck zusammentun, zwischen militäri-

schon und zivilen Behörden ein kleines Feuerchen anzuzünden. Sehr einflußreiche Männer sogar und, wie gesagt — Patrioten!

## Der Krieg auf den Meeren. Die Torpedierung der holländischen Schiffe.

Rotterdam, 24. Februar. (B. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht einen sehr scharfen Artikel wegen der Torpedierung der holländischen Schiffe. Der Artikel ist indessen offenbar geschrieben, bevor die Erklärung des deutschen Gesandten im Haag vorlag. Das Blatt beklagt den Verlust der Waren, der für die holländische Volkswirtschaft sehr ins Gewicht falle. Es betont aber, daß man in England keinen Anlaß habe, über den Ernst des U-Boot-Krieges mit einem Aufschreien zu sprechen und Straßreden über den enormen Schiffsverkehr zu verbreiten, während doch bei der englischen Küste die deutschen U-Boote freies Spiel hätten. Das Blatt vergißt auch nicht, England vorzuwerfen, daß es die rechtzeitige Abfahrt der holländischen Getreideschiffe vor dem 5. Februar verhindert habe.

Haag, 24. Februar. Die Versammlung der niederländischen Reedereibereine beschloß in Uebereinstimmung mit den Reedern der für die Abreise nach Amerika im Bereitschaft liegenden Schiffe, die letzteren nicht abfahren zu lassen, solange nicht die Nordroute für genügend sicher erachtet werden kann.

### Menado nicht gesunken.

London, 25. Februar. Lloyd's meldet, daß der Dampfer Menado wohlhalten in einem Hafen eingetroffen sei.

Es bleibt also dabei, daß die holländische Flotte, die die Fahrt durch das Sueszergebiets trotz der warnenden deutschen Mitteilung riskierte, ihren Versuch durch den Verlust von sechs, nicht sieben, Dampfern hat hüben müssen.

## Warum führt Deutschland den U-Bootkrieg?

Eine längere offiziöse Erklärung, die B. Z. B. verbreitet, beschäftigt sich mit den völkerrechtswidrigen Methoden, die England anwendet, um den Hungerkrieg gegen Deutschland zu führen und die Neutralen mit Gewalt diesem Zweck dienlich zu machen. Sie erinnert daran, daß eine amerikanische Note vom 5. November 1915 die englische Blockade als „nicht effektiv, ungeschichtlich und unethisch“ bezeichnete. Durch seine neuesten Anordnungen habe England diese amerikanische Auffassung bestätigt. Denn: „In seiner neuesten eben bekanntgegebenen Order in Council gesteht es offen zu, daß es der ganzen neutralen Welt noch möglich ist, trotz der englischen Blockade mit Deutschland Handel zu treiben, daß es also ohnmächtig ist, Deutschland zu blockieren. Aber dieses Geständnis erfolgt nur zu dem Zweck, um nunmehr, nachdem der größte neutrale Staat auch nicht einmal mit Worten protestieren wird, den vernichtenden Schlag gegen die letzten Rechte der Neutrale Staaten zu führen. Die neue Order in Council ist das abschließende Glied in der Kette der Vergeßlichkeiten, die England seit August 1914 gegen die Neutralen verübt hat.“

Zum Schluß heißt es: „Keine Tatsache beweist deutlicher als diese, daß der Zweck der neuen Order in Council der ist, den bisher heimlich geführten Hungerkrieg gegen die Neutrale Staaten offiziell zu erklären und zu führen, um diese zu zwingen, entweder sich als Vasallen Englands aufzugeben, oder sich ihren Schiffsraum rauben zu lassen und sich dadurch dem Hunger auszuliefern. Das ist der Kampf Englands für die Rechte der Neutrale Staaten!“

## Növenkreuzer „Vineta“.

London, 24. Februar. „Times“ meldet aus New York: Einer der deutschen Kreuzer im Südatlantik sei jetzt endgültig als der Kreuzer Vineta festgestellt worden, und zwar durch einige Leute von der Besatzung des britischen Schiffes Theodore.

## Verfenkt.

Kristiania, 24. Februar. Die norwegische Seefahrt in London drahtet: Der Dampfer Normanna aus Sandness (2000 Br.-Reg.-T.) ist aus Kristiania (1488 T.) und Sienheim aus Frederikstad (1020 Netto-Reg.-T.) wurden verfenkt.

## Frederik VIII. in Untersuchung.

New York, 20. Februar. (Zuspruch vom Vertreter des B. Z. B.) „Associated Press“ meldet aus Halifax: Die Unterbrechung der Heimreise des Grafen Bernstorff und seiner Begleitung, die durch die Untersuchung des skandinavischen Passagierdampfers Frederik VIII. hier verursacht worden ist, wird wahrscheinlich über eine Woche dauern. Die Untersuchung der Passagiere, die am 17. Februar begann, soll heute abend halb beendet gewesen sein, und man nahm an, daß der Dampfer am 24. zur Weiterreise bereit sein werde.

Von einigen Beamten, die an Bord des Frederik VIII. gewesen waren, erfuhr man, daß die deutschen Passagiere erklärten, mit der Art und Weise zufrieden zu sein, in der die Untersuchung geführt wurde. Es heißt, die Deutschen seien erthaut über die ihnen bewiesene Rücksicht. Obgleich die Passagiere des Frederik VIII. noch den Bestimmungen unterworfen sind, die dazu dienen sollen, unerlaubte Mitteilungen zu verhindern, wurden kurze Telegramme an den Grafen Bernstorff und an Mitglieder seines Gefolges aus verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten an Bord des Schiffes abgeliefert, nachdem sie der Zensur vorgelegen hatten.

## Der Menschenmangel der Entente-Westländer.

Frankreichs und Englands begrifflicher Wunsch, Riesenarmeen aus dem Boden zu stampfen, hat die Wirkung, die sie naturgemäß haben muß, da auch in diesen Ländern noch nicht die Kunst erfunden wurde, Kornfelder auf der flachen Hand wachsen zu lassen. Das ins Grenzenlose gehende Armierungswesen bringt alle Existenz der Länder in grenzenlose Gefahr. Zu diesem Thema liegen fast täglich bezeichnende Nachrichten vor.

Das in Frankreich vom Kammer und Senat angenommene Nachmusterungsgesetz wird im „Comme Enchainé“ von Clémenceau besprochen, der neben scharfen Ausfällen gegen die Regierung feststellt, daß Maßnahmen, wie die Nachmusterung, eine schwere Schädigung der Landwirtschaft darstellen. Bei Besprechung der Rekrutierungsfrage fordert „Eveil“, daß die Produktionskraft in Industrie und Landwirtschaft bei allen Alliierten gehoben werde. Es sei das ebenso wichtig wie die militärische Organisation. Hervé spielt indirekt auf den Menschenmangel Frankreichs an, indem er erklärt, je länger der Krieg dauere, desto mehr sei es die Aufgabe der englischen Armee, die Hauptlasten zu tragen.

In England bleiben dieselben Löhne auf der Tagesordnung. Der Präsident des Ackerbauamts Brothero ist in schweren Nöten. Wie es heißt, hat er oberhalb um die Ermächtigung bitten müssen, den Anordnungen des Kriegsammtes an die Landarbeiter Widerstand entgegenzusetzen, und die Royal Agricultural Society hat eine Entschädigung angenommen, daß Brothero dieselben Machtbefugnisse erhalte, wie der Munitionminister. Hier aber liegt eben der Hase im Pfeffer. Gerade auch die Männer vom Lande kann Lloyd George für das Heer nicht entbehren. Zu der in den Northcliffe-Blättern vorgeschlagenen Maßregel, das militärische Dienstalter bis auf 50 Jahre zu erhöhen, schreibt „Daily News“ in einem Leitartikel: Wir brauchen nicht so sehr mehr Männer in den Schützengräben als Männer auf dem Lande, in den Schiffswerften und in den Maschinenfabriken. Wenn wir nicht genug Arbeitskräfte aufreiben können, dann wird die Politik Hindenburgs gesiegt haben, gleichgültig wieviel Millionen Mann wir in Uniform stecken.

Der Krieg erschlägt die Arbeit, ohne die aber auch der Krieg nicht bestehen kann. Erschöpfungskrieg!

## Die Schlacht am Ourcq.

(6. bis 9. September 1914.)

Von Hermann Siegemann.

II.

Die Nacht verging und der Tag graute, es war Zeit, daß die Kommanden kamen, denn die Franzosen brachten fortgesetzt Verstärkungen ins Gefecht und sochten mit einer Hingebung, die keine Opfer scheute. Um den Angriff durchzuführen, der wider Erwartung nicht zeitig genug gedeihen wollte, sandte Gallieni Maunourh die 61. Reservedivision zu Hilfe. Sie wurde mit der Eisenbahn herangebracht und zur Unterstützung des VII. Korps über Villers-St. Geneis zur Umfassung angelegt. Da stieß das VII. Korps, das schon auf Ach vorgeprellt war, plötzlich auf neue Streitkräfte, die mit Schweregeschützen zum Angriff schritten. Das II. deutsche Korps war ins Gefecht getreten. Weil Lofternd schritt es auf den bedrohten Hügel zum Angriff, wies auf dem linken einen Planke, sah auf Rauch ab und eroberte auf dem rechten Hügel Etablisment zurück. General Maunourh sah den Erfolg eingeleitet und warf des Letzte in die Schlacht. Bergschiff hoffte er auf die Unterstützung Französisch; dieser hatte weder das II. noch das IV. deutsche Korps zu fehlen vermocht und mühte sich umsonst, den Vorhang zu zerreißen, den die Kavallerie und schwere Artillerie an der Straße Reaux-Coulommiers ausgespannt hielten. Maunourh's Kerntruppe, das VII. Korps, verblutete sich bei Chamby und Azy, auch Azy ging ihm verloren, zerstückte Batterien blieben liegen, die Schlacht wandte sich zugunsten der Deutschen. Die 45. französische Liniendivision und die 53. und 58. Reservedivision, die mit der Marcellaise auf den Rippen ins Feuer gegangen waren, brannten zur Schlacht aus und waren nicht mehr imstande, das Feld zu behaupten. Im Drange der Not ersuchte General Maunourh in der Nacht auf den 8. September den Generalissimo nochmals um Unterstützung. Er hatte seine letzten Reserven aus der Hand gegeben und konnte trotz der kritischen Lage seinen weit nach Südosten ausgedehnten rechten Flügel nicht nach der Mitte zusammenziehen, um den Durchbruch seiner Schlachtlinie zu verhindern, weil sonst die Verbindung mit der englischen Armee ganz verloren gegangen wäre. Selbst zum Einbruch in die große Mäule, die auf der deutschen Seite offenlag, seit das IV. Korps von der Hochfläche von Rebaix über La Ferté-sous-Jouarre zurückgedrängt war, fehlte den drei englischen Korps die Bewegungskraft. Ein Versuch ihrer Kavallerie, die Nachhut des IV. Korps zu überflügeln, scheiterte bei Chilly unter Verlusten. Die Armee Französisch ist am Abend des 7. September kaum über Coulommiers und Thoisy hinausgekommen. Unausführlich hämmerten das II., IV. Korps und IV. Reservekorps der 1. deutschen Armee, die nicht mehr um Rückzug, sondern um Sieg kämpften, auf die 6. Armee ein. Da erreichte das IV. Korps der Armee Sarraill, das Joffre vom äußersten rechten zum äußersten linken Flügel der französischen Schlachtlinie ent-

sandt hatte, das Schlachtfeld. In einer Drehfahrt wurde es von der Masse zum Ourcq befördert, die Schlacht zu entscheiden, an der nun — seltsamer Wechsel des Geschicks — nicht mehr das Schicksal des deutschen, sondern das des französischen Heeres zu hängen schien. Trotzdem gelang es den Franzosen nicht, den Gegner am Ourcq zu bändigen.

Er hatte sich längst die Strohen nach Norden freigemacht und rückte nun am rechten Flügel mit grimmen Schwertstößen von Vech über Villers-St. Geneis vor. Maunourh's Flügelstützpunkt Vech wurde mit stürmender Hand genommen. Der linke französische Flügel drohte vollends zusammenzubrechen. Die Gegenumfassung war im Gange. Nach Vech stieß Thurben-Volais, das sodann zu einem starken Stützpunkt wurde, und als nun Sarraill's IV. Korps im Feuer schmolz, die 61. Reservedivision zur Schlacht gebracht war, alle Versuche, Ach zurückzuerobern, gescheitert waren, die englische Armee sich nicht fähig zeigte, den Grand Morin in breiter Front zu überschreiten und sich in Klüden linke Flanke und Rücken zu stützen, da war die große Umfassungsschlacht als strategisches Manöver des Gesamtplanes gescheitert und zu einem Ringen auf Leben und Tod der 6. französischen Armee geworden.

Schon sah die Armee Klüden die Trümmer der Armee Maunourh, die sich trotzig und verzweifelt immer wieder zusammenballten, von Osten und Norden, um sie in eiserner Umarmung zu erdrücken. Unterdessen wich die deutsche Kavallerie vor der Armee Französisch vom Grand Morin Schritt für Schritt auf die Marne, indem sie planmäßig jeden Abschnitt unter Aufopferung der letzten Staffeln bis aufs äußerste verteidigte.

General Maunourh erhielt von General Joffre strengsten Befehl, nicht vom Plage zu weichen, die Schlacht sei auf der ganzen Linie entbrannt und es könne keine Schwäche gebildet werden.

Zu dieser Not wandte er sich noch einmal an Gallieni, und Gallieni nahm einen eisernen Besen und legte alles zurecht, was er in Paris entbehren konnte, um es Maunourh zu schicken. Er raffte die 62. Reservedivision zusammen und sandte sie in den Kreuzschloß, die von den Boulevarden weggeholt wurden, an die Front. Zugleich erhielt General Voelle, der Führer des IV. Korps, Befehl, am linken Flügel bis auf den letzten Mann standzuhalten und die Gegenumfassung um jeden Preis zu verhindern. Zugleich wurde die 8. Division vom rechten Flügel an den linken geworfen. Aber nichts wollte fruchten, und als es Nacht geworden war, stand die 1. deutsche Armee frei, siegreich und Herrin ihrer Bewegungen nördlich der Marne und hielt die 6. Armee unter sich gepreßt, während Nachhut des III. und IX. Korps und Marwitz's Reiter den Engländern immer noch den Weg versperren.

Schon waren 50 Kanonen in Klüden Händen, die strategische Lage ins Gegenteil verkehrte, die Niederlage der Armee Maunourh nahezu vollendet und der seine Plan des französischen Generalstabs durch die meisterhafte Manöverkunst des deutschen Armeeführers in Regen gerissen.

Der Generalbefehl, mit dem Joffre am 8. September die

Schlacht an der Marne eingeleitet hatte und in dem es hieß: „Le moment est venu d'avancer coûte que coûte et de se faire tuer sur place plutôt que de reculer.“ Der Augenblick ist gekommen, wo es heißt, vorwärtszugehen, koste es, was es wolle, und sich lieber töten zu lassen, als zurückzuweichen, wuchs am Ourcq in blutige Erfüllung. Der 9. September dämmerte heran und wieder schloß Klüden zum Angriff an. Er erstickte Kanteuil. Zwischen den von Granaten entzündeten, qualmenden Strohmieten der abgerieteten Felder sank die 6. französische Armee, sanken Tausende der Armee Klüden als zweite Ernte in den Tod. Mit äußerster Mühe gelang es General Voelle, südlich von Kanteuil eine Aufnahmestellung zu beziehen, während die Kavalleriedivision Brodoug einen letzten Versuch machte, nach Norden auszuholen und über Lévignen nördlich den Vech in die Flanke des Gegners vorzustoßen. Ansonst — Teile des IX. deutschen Korps fingen ihn ab. Verzweifelt wichen die Franzosen auf Chilly-le-Long. Die Widerstandskraft Maunourh's war erschöpft. Nur der Wille hielt ihn und seine Armee noch aufrecht.

Am Morgen des 9. September hatte die 1. deutsche Armee die Umfassung beendet, die Armee Maunourh geschlagen, die Armee Französisch, die solemnen Bewegungskrieg nicht gewachsen war, in Schranken gehalten und ihre eigene Handlungsfreiheit sichergestellt. Sie hielt sich fast genug, trotz ihrer schweren Verluste Maunourh's Niederlage zu vollenden und dann, durch nachrückende Korps verstärkt, die Briten an den Hörnern zu packen.

Der Rückzugsbefehl der Obersten Heeresleitung entließ die Armee Klüden die Riefenaufgabe. Er ist im Hauptquartier auf Grund allgemeiner Erwägungen erfolgt und war durch die Abdrängung der 1. Armee von der Masse des Heeres und das Aufsteigen harter feindlicher Kräfte in der entstandenen Mäule nachgelegt worden. Da die Zurücknahme der 1. Armee Klüden rechte Flanke entblößte, ergab sich aus dem primären Entschluß eine allgemeine Rückzugsbewegung, die gleichbedeutend wurde mit einem Abbruch der weitgespannten Schlacht.

Generaloberst von Klüden überließ am 9. September nur noch Rückzugsgesichte, hielt aber Kanteuil, Etablisment und Vich so lange fest, bis er die Armee hierzu bereitgestellt hatte. Die Franzosen spürten die Erleichterung, vermochten sie aber weder zu deuten noch zu benehmen. Am Abend trat Generaloberst v. Klüden auf Befehl der Obersten Heeresleitung den Rückzug auf die Aisne an. Er wählte ihn nach Gefallen und der Sachlage entsprechend in eigentlicher Richtung und führte seine Truppen und Gefangenen mit sich. Als die französisch-englischen Streitkräfte am Morgen des 10. September ihre Vereinigung vollzogen hatten und die Engländer nun freier in Gang kamen, sahen sie sich nur noch Nachhut gegenüber, die den Rückzug auf Soissons um den Preis einiger Geschütze und Versprengter deckten und dabei so drohende Gestalt annahmen, daß Französisch sogar noch den General Grandet d'Espèrech um Unterstützung ersuchte und die Marne nicht zu überschreiten wagte, bis kein Feind mehr zu sehen war.



# Ein schwedischer Konflikt.

## Abstriche von Militärkrediten.

Stockholm, 25. Februar. Beide Kammern des Reichstags berichten heute über eine Regierungsvorlage, die 30 Millionen Voranschlag für die Neutralitätskosten fordert. Gegen die Vorlage wurde aus budgettechnischen Gründen Bedenken erhoben, während alle Redner erklärten, die unbedingte Neutralitätspolitik der Regierung zu billigen. Die erste Kammer nahm die Vorlage mit 76 gegen 49 Stimmen an. Die zweite bewilligte aber mit 104 gegen 68 Stimmen statt dreißig Millionen vorläufig nur zehn. Da die Kammern also verschiedene Beschlüsse gefaßt haben, wird die Frage einer gemeinsamen Abstimmung unterworfen werden.

In der Debatte der ersten Kammer sagte Lindblad (Soz.), alle seien einig darin, daß die Neutralität Schwedens gesichert werden müsse. Er billigt die bisherige selbständige Neutralitätspolitik der Regierung, die er selbst unterstützt habe, er müsse aber jetzt gegen die Regierung stimmen, um das Recht des Reichstags zu wahren, Geldbewilligungen zu prüfen. Niemand wolle das Land nach außen hin schwächen, alle seien einig darin, das Land gegen drohende Gefahren zu stärken und zu verteidigen.

Eine ähnliche Erklärung gab namens der Sozialdemokraten in der zweiten Kammer Branting ab.

## Neue Panzerautos deutscher Konstruktion.

Petersburg, 22. Februar. Nach Nachrichten von der Front brachten im Verlauf der letzten Angriffe in der Seen-Gegend und im Verlauf der Kämpfe bei Boranowitschi die Deutschen zum ersten Male Panzerautos von einem neuen Typ, sogenannte Tanks, zur Verwendung.

## Neue Arbeiterkonditionen im Piräus.

Bern, 25. Februar. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Auch gestern demonstrieren die Arbeiter im Piräus. Presse, Behörden sowie Vertreter der Arbeiterschaft und Händler richten immer neue Aufforderungen an die Bevölkerung, trotz der durch die Blockade auferlegten Opfer die Ruhe zu bewahren. Regierung und Wohlfahrtsausschüsse greifen helfend ein. Volksskizzen werden errichtet.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Der New-Yorker Börsensturz. Aus New York wird der „Frankf. Zig.“ gemeldet: Der Bericht der Kommission des Abgeordnetenhauses, der sich mit der vorzeitigen Bekanntgabe der Wilsonschen Friedensvorschläge zu befassen hat, wird in einigen Tagen erscheinen. Er spricht alle offiziellen Kreise von jeder Forderung frei und gibt die Schuld zwei Journalisten, denen der Staatssekretär im Vertrauen die Manuskripte mitgeteilt haben soll und die die Nachricht an die Effektenhändler weitergegeben haben sollen. Alle durch Lawton vorgebrachten Beschuldigungen werden widerlegt.

Der Staatsstreich in Cochaca. Die „Frankf. Zig.“ meldet: Die aus dem Staatsstreich hervorgegangene neue Regierung der Republik Cochaca sendet der Agenzia Americana zufolge den General Timoja nach Washington, um über die Ursachen des Staatsstreiches Aufklärung zu geben und der Regierung der Vereinigten Staaten die baldige Vornahme allgemeiner Wahlen anzubieten.

Verluste der englischen Kriegsmarine. „Times“ meldet unter den Verlusten die Namen von 154 Mann von der Kriegsmarine, die zum größten Teil zu der Bemannung von Kriegsschiffen, zur Marineartillerie und zur Royal Naval-Division gehörten.

## Politische Uebersicht.

### Die Herabsetzung der Viehpreise.

Zur geplanten Herabsetzung der Viehpreise schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Die Hoffnung, daß der Präsident des Kriegsernährungsamts noch die notwendige Rücksicht auf unsere Fleischproduktion nehmen werde, muß man nach dem in der vorigen Nummer mitgeteilten Bericht über seine Erklärungen im Ernährungsamt des Reichstags leider sehr hoch herabstimmen, obwohl diese Erklärungen seine Ansicht nur noch unerschütterlicher erscheinen lassen. Wenn Herr v. Batocki zugeben mußte, daß eine Preisermäßigung für Brotgetreide durch die Bedürfnisse der Produktion bedingt sei, so ist es doch um so befremdlicher, wenn er trotzdem durch Herabsetzung der Viehpreise einen „Ausgleich“ dafür schaffen will; denn dann wird die eben als nötig erklärte Rücksicht auf die Produktion doch tatsächlich nicht genommen, die Preisermäßigung für Brotgetreide vielmehr illusorisch gemacht. Auch die Erklärung Herrn v. Batockis über, daß die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher bedingt werde, ist schwer verständlich. Denn einmal erklärte er es selber für möglich, den Preis trotz erhöhter Preise auf der alten Höhe zu lassen, so daß oft der Verbraucher durch diese Preisermäßigung überhaupt keine Verlastung erfahren würde. Ferner aber hat er die Frage, ob die minderbemittelten Verbraucher nicht weit besser auf eine Weise zu entlasten wären, die zugleich eine pflegliche Behandlung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglicht, überhaupt nicht berührt. Wir haben uns am Donnerstag früh bereits eingehender über die Gefahren geäußert, die eine Herabsetzung der Viehpreise im vierten Kriegsjahr zeitigen müßte, und können nur mit allem Nachdruck wiederholen, daß wir diese Gefahren für überaus ernst halten. Wenn der Präsident des Kriegsernährungsamts der Landwirtschaft „mehrere Hundert Millionen Mark“ entgegen will, um nicht weitere Reichsmittel zur Entlastung der minderbemittelten Verbraucher heranziehen zu müssen, so fürchten wir, daß diese der Viehproduktion entzogene Summe dem Reiche wie dem Verbraucher eines Tages sehr teuer zu stehen kommen würde.

Die Herabsetzung der Viehpreise ist bekanntlich in einem Gutachten landwirtschaftlicher Sachverständiger angeregt worden. Und dem ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, dem selbst aus agrar-konservativen Kreisen stammenden Herrn v. Batocki wird man noch weniger als jenen Verständnislosigkeit für die Landwirtschaft oder Feindschaft gegen sie vorwerfen können. Wenn solche Autoritäten die Preisermäßigung für angemessen erklären, und wenn eine Interessenvertretung gegen diese Maßnahme Sturm läßt, so ergeben sich daraus gewisse Folgerungen von selbst.

### Einkweilen — höhere Fleischpreise.

Zur Frage der vorübergehenden Neuregelung der Rind- und Schweinepreise erhebt das Kriegsernährungsamt eine Mitteilung, in der es heißt:

Vom preussischen Zentralviehwirtschaftsverband ist mit Zustimmung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts für Schlachtkälber halt der bisherigen Preisfestsetzung ein

Einheitspreis von 80 Mark für den Zentner Lebendgewicht als vorübergehende Maßnahme eingeführt worden, um die frühzeitige Abkühlung der nicht zur Schlacht bestimmten Kälber noch mehr als durch die bereits getroffenen Bestimmungen zu fördern und dadurch die Milchproduktion der Ställe zu verbessern. Bei der bisherigen Preisfestsetzung, die für Kälber unter 100 Pfund 80 M., von 100—150 Pfund 90 M. und 150—200 Pfund 100 M. pro Zentner lebend vorlag, war es für den Landwirt vorteilhafter, das Kalb durch Verlassen der Kuh in eine höhere Gewichtsstufe zu bringen, als die Milch als menschliches Nahrungsmittel zu verkaufen. Wenn jetzt der Landwirt für sein Kalb unter einem Zentner für das Pfund Lebendgewicht genau soviel bekommt, wie wenn es schwerer ist, so hat er kein Interesse daran, das Kalb einen Tag länger als unbedingt notwendig zu halten. Es ist gefordert worden, der Einheitspreis von 80 M. werde eine Erhöhung des Kalbleibes zur Folge haben müssen. Ob diese Notwendigkeit begründet ist, wird in jeder Gemeinde sehr zu prüfen sein. Denn gegenüber der Preisermäßigung für die leichteren Kälber bleibt der Preis für Kälber von 100—150 Pfund unverändert und setzt sich für Kälber über 150 Pfund um 10 M. für den Zentner. Schwerere Kälber werden auch künftig noch angeleitet aus der Zahl der Kälber, die der Landwirt für die Schlacht aufstellt, nach einigen Wochen aber abgibt, weil sie sich nicht in wünschenswerter Weise entwickeln. Aber auch wenn der Einheitspreis für die Schlachtkälber eine Erhöhung des Kalbleibes bedingt, wäre dies wegen der Bestimmung zu erwartender Verbesserung der Milchproduktion in den Kauf zu nehmen.

Die gleichzeitige erlassene Bestimmung, daß für Schweine von 100—150 Pfund der Höchstpreis gezahlt werden darf, der sonst nur für Schweine von 150—200 Pfund galt, wird mit der sonst drohenden Verfüllung menschlicher Nahrungsmittel begründet, „weil es ein Ding der Unmöglichkeit ist, jeden Schweinekot kontrollieren zu lassen“. Mit anderen Worten: da Verfüllungsergebnisse nichts helfen, versucht man es mit der Methode des Preisanstiegs.

Zur Versammlung im Hotel Adlon (siehe Leitartikel) ist noch nachzutragen, daß es in der Einladung dazu heißt, dem bereits bestehenden „unabhängigen Ausschuss“ solle nicht entgegengetreten werden. Als zuverlässige Vertrauensmänner werden bezeichnet: Fürst Salim-Horsmar, Geheimrat Körtling-Donner und das Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes, Begründer des Verbandes „zur raschen Niederwerfung Englands“, Rechtsanwalt Behold-Plauen.

Aus dem Wortlaut der Einladung geht hervor, daß sie zu einer Zeit abgefaßt wurde, als vom Zusammentritt des Reichstags noch nichts bekannt war.

### Kriegssteuern und parlamentarische Möglichkeiten.

Im „Zog“ schreibt Prof. Julius Wolf über die neuen Kriegssteuern, denen er aber nichts Besseres nachsagen kann, als daß sie dazu bestimmt seien, den Kriegsbedarf zu decken — und von diesem Standpunkt aus erscheine dem Patrioten jede Steuer annehmbar. Dann tut er aber folgenden geheimnisvollen Ausbruch:

Freilich läßt sich ein Prioritätsrecht für die rationellere Steuern konstatieren, die minder rationellen sollen nicht die ersten, sondern die letzten sein. In dem hat in diesen Tagen nicht der Finanzminister das letzte Wort, das letzte Wort haben die parlamentarischen Möglichkeiten. Und diese haben wohl auch im vorliegenden Fall die Wahl von Kanzler und Bundesrat auf die nun eingebrachten Steuern gelenkt.

Prof. Wolf meint also, man sollte zunächst vernünftige Steuern machen und dann erst, wenn es denn doch nicht anders geht, auch unvernünftige. Dieses Verfahren scheitert aber an den parlamentarischen Möglichkeiten. Darin liegt ein so schwerer Vorwurf gegen die Mehrheit des Reichstags, daß man ihn nicht ausbrechen sollte, ohne ihn zu begründen.

Sollte Prof. Wolf mit den rationellere Steuern die Erbschaftsteuer meinen, so würde sein Vorwurf die Mehrheit des Reichstags nicht treffen, sondern nur eine kleine einflussreiche Minderheit, die immer dort — aber auch nur dort — über Verletzung des Bürgerfriedens schreibt, wenn die Interessen der hinter ihr stehenden Kreise gefährdet erscheinen.

### Stammrollen für die Hilfsdienstpflichtigen.

Der Bundesrat hat eine Bekanntmachung betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Hilfsdienstgesetzes beschlossen. Nach diesen Bestimmungen müssen die Ortsbehörden Listen aufstellen, in die alle diejenigen männlichen Deutschen, die in der Zeit nach dem 30. Juni 1887 und vor dem 1. Januar 1870 geboren sind, aufgenommen werden. In der Stammrolle ist auch der Beruf festzustellen, den der Hilfsdienstpflichtige früher ausübte bei Ausgenommen bleiben Ärzte, Apotheker, Tierärzte, Rechts-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbeamte, Angehörige der Land- und Forstwirtschaft, Eisenbahnbeamte usw. Die einzelnen Kriegsdienstverweigerer erhalten, bestimmte Betriebe als nicht für die Hilfsdienstpflicht in Frage kommend zu bezeichnen.

### Reichstohlenstelle.

Eine Verordnung des Bundesrats vom 24. Februar ermächtigt den Reichskanzler, durch eine von ihm zu errichtende Stelle die im Deutschen Reich vorhandenen Erzeugnisse der Stein-, Zement- und Braunkohlenwerke (Steinkohlen, Braunkohlen, Bröcklein und Koks) für die Versorgung des Inlandes sowie für die Ausfuhr in Anspruch zu nehmen; sie gibt ihm insbesondere die Befugnis, die Erzeuger und Verfrachter der genannten Brennstoffe anzukündigen, diese an von ihm bestimmte Personen zu überlassen und die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Die Regelung soll den Handel keineswegs ausschalten, sondern lediglich ergänzen und dort für rasche und ausreichende Bedarfsdeckung sorgen, wo diese kriegswirtschaftlich nötig ist und auf dem gewöhnlichen Wege nicht in genügendem Ausmaße oder nicht schnell genug erfolgen kann. Zu diesem Zwecke wird die vom Reichskanzler zu errichtende Stelle, soweit erforderlich, gewisse Mengen der genannten Brennstoffe beschlagnahmen und sie bestimmten Empfängern zuteilen.

Die Teilbeschlagnahme kann die völlige oder teilweise Aufhebung oder Verringerung bestehender Lieferungsverpflichtungen notwendig machen. Darüber, sowie im Streitfall über die Lieferungsverpflichtung entscheidet ein Schiedsgericht, dessen Zusammensetzung und Verfahren vom Reichskanzler geregelt wird.

Die unter der allgemeinen Dienstaufsicht des Reichskanzlers stehende im übrigen aber selbständige Zentralstelle, die die Verordnung durchzuführen hat, wird dem Kriegsamte angegliedert, um in steter Fühlung mit den militärischen Stellen zu bleiben. In den wichtigsten Erzeugungsbereichen sollen Nebenstellen errichtet werden.

### Ein ganz schlauer Einwand.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beweist einmal einen richtigen Instinkt für politische Vorgänge, denn sie bemerkt, daß infolge des Krieges ganz gewaltige Auseinandersetzungen für das preussische Wahlrecht zu erwarten sind, und daß wir hierbei gar nicht mehr, militärisch ausgedrückt, im ersten Vorpostengeplänkel, sondern schon in einem regelrechten Kampf im Vorfeld stehen. In einem langen Artikel werden noch einmal die geistigen Waffen der unentwegten Reaktion scharf gemacht. Dabei ist ein Argument von einer gewissen Ergreiflichkeit. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wäre — ein Unrecht gegen die Süddeutschen. Die sozialistischen Wortführer fordern für die gleichen Opfer

im Felde das gleiche, direkte Wahlrecht in Preußen. Aber haben die Preußen denn nicht schon als Reichsbürger das gleiche Wahlrecht zum Reichstag, in dessen Hand doch die Geschicke des jetzt von allen Deutschen verteidigten Reiches mit beschlossen liegen? Wenn aber nun die Preußen im Schillinggraben eine politische Auszeichnung erhalten, was bekommen dann die Angehörigen derjenigen Staaten, die bereits für ihre Landtage ein demokratisches Wahlrecht besitzen? Sollen sie leer ausgehen? Ist es überhaupt richtig, militärische Leistungen mit politischen Rechten und Ehren zu belohnen? Wenn ja, wo führt das logischerweise hin?

Dieser aberwitzige Einwand erledigt sich mit der einen Feststellung, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen weder als Auszeichnung noch als Belohnung für militärische Leistungen gefordert wird, sondern als die selbstverständliche Abstellung eines bestehenden Unrechts gegenüber der großen Masse der preussischen Bevölkerung. In den Bundesstaaten, wo ein solches Unrecht nicht besteht, wird man sich hierdurch ebensowenig gekränkt fühlen, wie etwa ein Ostpreuße, der beim Russeneinfall verschont geblieben ist, sich benachteiligt fühlen kann, wenn sein geplündertes Gutsnachbar von Staats Schadenersatz erhält. Im übrigen werden selbst die Führer lachen, falls sie erfahren sollten, daß uns die „Deutsche Tageszeitung“ nur aus garter Rücksichtnahme auf die Gefühle der Süddeutschen das gleiche Wahlrecht vorenthalten will.

### Ein Stadtparlament für Ansbauzwang.

Eine Sitzung der Kölner Stadtverordneten hat sich nach eingehender Beratung für den Ansbauzwang, mindestens für Kartoffeln, ausgesprochen. Der Oberbürgermeister wurde ersucht, beim Kriegsernährungsamt und Kriegsamt u. a. dahin vorstellig zu werden, daß die Bewahrung mindestens der gleichen Bodenfläche wie im Jahre 1915 mit Winterkartoffeln sichergestellt wird.

Alle Redner, darunter der Großgrundbesitzer Vollig, sahen keinen anderen Weg als den Ansbauzwang. Der Oberbürgermeister forderte außerdem schärfere Kontrolle in den Landgemeinden durch Schaffung von Kriegsausschüssen, in die von den Landwirten unabhängige Personen zu berufen seien.

### Kirchlicher Trost.

In badiischen Zentrumsblättern, so z. B. im „Seuburger Volksblatt“ (16. Februar 1917) wird ein „Brief eines Gefallenen aus dem Fegefeuer“ veröffentlicht, in dem es heißt:

„Meine Lieben! Darf ich, soll ich noch schreiben? Die Kompagnie hat Euch amlich mitgeteilt, daß ich gefallen bin. Ich und meine Seele ist in die Hände des zürnenden Gottes gefallen. Glaubt nicht, daß jeder, der den Helmboden stirbt, sofort die Siegespalme des ewigen Lebens erhält. Ich bin im Fegefeuer. O welche Qual! Schrecklich war das Granatfeuer, in dem ich fiel. Schrecklicher ist hier das Fegefeuer... Ich leide furchtbar, was heißt Ihr mir? Ihr heult, ich spüre es. Aber wo bleibt die Hilfe, die sichere Hilfe, das Opfer?... die fürs Fegefeuer beste Liebesgabe, das Messopfer?... Wo bleibt jetzt die heilige Messe? O weh, ich sehe es. Ihr lauft zur Näherin statt zum Pfarrer. Hilflos muß hier meine Seele schmachten, bis die Trauerkleider fertig sind... Ich merke es, erst wenn ein mächtiger Schleier auf dem modernsten Trauerhut im Winde flattert, darf ein kühles Küßchen meine arme Seele in der fernen Feuertüte erquickend... O weh! Ich merke, Ihr wartet, bis die Leichenfegerin Zeit hat zum Übergeben, bis diesem Seiler und jener Waise der Tag paßt, bis eine große Todesanzeige in alle Häuser der Umgegend kommt. Dann erst wird mir geholfen. Warum all das? Viele kommen doch nicht gern, viele aus Geschäftsinteresse, manche wegen des Sechsenzehens. Ihr seht doch, wie manche nach dem Übergang ohne ein Vaterunser für mich fortzuziehen ins Birkenwald. Derenwegen muß ich in meinen Leiden warten... Warum muß ich so viele Leiden-vollen Tage und Nächte schmachten, bis Ihr mir helft? Ist das Euerer Liebe? Ist das der Dank für meinen Opfertod? Meine Lieben! Darf ich, soll ich Euch noch so nennen? Euer armer Sohn und Bruder X.“

Durch diese Drohpöstel sollen die Hinterbliebenen der Kriegsgefallenen veranlaßt werden, für Geld Messen lesen zu lassen. Das erscheint den Verfassern wichtiger, als ihnen Trost zu spenden.

## Soziales.

### Fortbildungsschulbeiträge und Konsumverein.

Nach dem Gesetz vom 1. August 1900 sind die Gemeinden beauftragt, zur Unterhaltung der gemäß § 120 der Gewerbeordnung errichteten gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen von den Arbeitgebern der Fortbildungsschulen Beiträge zu erheben. Solche Beiträge werden in Breslau erhoben. Der Breslauer Konsumverein wurde wegen der in seinen Warenlagern beschafften Leihlinge, die fortbildungsschulpflichtig sind, ebenfalls dazu herangezogen. Er lagte gegen den Magistrat auf Freistellung und machte geltend, die Arbeitgeber der Leihlinge im Sinne des Gesetzes seien keine Lagerhalter. Entscheidend wäre, daß diese über die Verwendung der Leihlinge das Verfügungsrecht hätten, mit ihnen die Verträge abzuschließen und auch berechtigt seien, sie anzunehmen und zu entlassen. Deshalb hätte der Magistrat sich nicht an den Verein halten können, sondern er hätte sich an die Lagerhalter wenden müssen.

Der Bezirksausschuss wies jedoch die Klage des Vereins ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil des Bezirksausschusses mit folgender Begründung: Bei Beurteilung der Frage, wer der Arbeitgeber der Leihlinge sei, komme es nicht auf die Gestaltung der privaten Beziehungen an. Entscheidend wäre vielmehr nur, in wessen Betrieb die Leihlinge beschäftigt seien. Es sei also als Arbeitgeber gemäß dem angeführten Gesetz der selbständige Gewerbetreibende anzusehen, in dessen Betriebe die Beschäftigung stattfände. Hier handele es sich um den Betrieb des Konsumvereins. Darum sei der Konsumverein mit Recht als Arbeitgeber der Leihlinge zu den Beiträgen für die Fortbildungsschule herangezogen worden. (S. C. 194. 16.)

### Die Schiffsverluste im Januar.

Das Januarergebnis schnell übermäßig betrüblich über die Ziffer des vorhergehenden Monats empor. Im Oktober wurden 595 500 Tonnen gezahlt, im November 406 500 Tonnen, im Dezember 415 800 Tonnen. Das Anwachsen der Monatsziffer ist im ersten Monate des neuen Jahres also gewaltiger als in irgendeinem der vorhergehenden Monate. Und dieses Ergebnis liegt noch vor der Verhängung des uneingeschränkten Lauchbootkriegs. Was der englische Verlust im Januar bedeutet, läßt sich einigermaßen erkennen, wenn man die Monatsziffer von 245 000 Tonnen mit dem englischen Gesamtverlust seit Kriegsbeginn vergleicht: er betrug in 30 Monaten 8 314 000 Tonnen, der Monatsdurchschnitt wird also durch die Januarziffer um mehr als das Doppelte übertraffen. Aber: Die Januarziffer stellt jetzt wesentlich mehr Konsumverlust dar, als sonst durchschnittlich in zwei Monaten bezeichnet wurde.



